

Das offenkundige Scheitern des Bologna-Prozesses

Gemessen an seinen eigenen Zielen ist der Bologna-Prozess in Deutschland, die Umstellung auf gestufte, modularisierte Studiengänge ein Fehlschlag.

Erstes Ziel: Förderung der Mobilität der Studierenden

Die Förderung der Mobilität der Studierenden in Europa war ein richtiges Ziel des Bologna-Prozesses von Anfang an. Die Einführung des Erasmus-Programms spielte eine Art Vorreiter-Rolle für den Bologna-Prozess, da dieses Programm nur Erfolg haben konnte, wenn die erbrachten Studienleistungen in unterschiedlichen europäischen Ländern auch jeweils wechselseitig anerkannt werden. Die Maßeinheit der ECTS-Punkte und die Vorgabe in Modulen die jeweiligen Lernziele festzuhalten, sollten diese Vergleichbarkeit sicherstellen und damit die Mobilität der Studierenden erleichtern. An diesem Ziel gemessen, ist der Bologna-Prozess nicht nur in Deutschland, sondern europaweit ein Fehlschlag. Die unterschiedlichen Formen der Modularisierung von Studiengängen, die ganz unterschiedliche Bepunktung mit ECTS, vor allem aber die mit der Umstellung auf modularisierte Studiengänge in den meisten europäischen Ländern, vor allem aber in Deutschland einhergehende Verschulung haben die Mobilität nicht gefördert, sondern sogar dramatisch eingeschränkt. Im Rahmen der dreijährigen, zeitlich strukturierten, von Modulen, die wechselseitig aufeinander aufbauen, geprägten Studiengängen, ist ein vorübergehender Wechsel an eine andere Universität sehr schwierig geworden, weit schwieriger als zuvor. Wenn hier keine drastische Reform der Reform folgt, ist zu erwarten, dass in Zukunft Studierende vor Abschluss ihres B.A. nur in den seltensten Fällen an andere Universitäten wechseln.

Die Verteidiger des Bologna-Prozesses halten dem entgegen, dass es ja nicht so sehr auf die horizontale, sondern auf die vertikale Mobilität ankomme, dass es ausreichend sei, wenn nach dem Bachelor und gegebenenfalls nach dem Master und vor Aufnahme des PhD-Studiums ein Wechsel nicht nur möglich, sondern auch gefördert wird. Angesichts der Tatsache, dass es

zumindest das Ziel in Deutschland und in den meisten europäischen Staaten ist, das Gros der Studierenden mit dem Bachelor berufsfertig auf den Arbeitsmarkt zu entlassen, ist diese Verteidigung an Zynismus kaum zu überbieten. Dies hieße nämlich, dass entgegen der ursprünglichen Zielsetzung den Studierenden an europäischen Universitäten generell Mobilität zu ermöglichen und diese durch unterschiedliche Programme zu fördern, was ganz unabhängig von der späteren Berufstätigkeit von großer Bedeutung ist und auch der Persönlichkeitsentwicklung dient, wird nun Mobilität neu definiert, nämlich auf den Teil der Studierenden eingeschränkt, die ein genuin wissenschaftliches Studium in Gestalt eines M.A.-Studiums fortsetzen und dann als Mitglieder eines Graduierten-Kollegiums die Wissenschaft zum Beruf machen, also zum wissenschaftlichen Nachwuchs gehören. Diese elitäre Einschränkung der Mobilität auf den Teil, der über den Bachelor hinaus weitere akademische Qualifikationen anstrebt, steht nicht nur in deutlichem Kontrast zu den ursprünglich bekundeten Zielsetzungen eines einheitlichen europäischen Hochschulraums mit einem hohen Maße an Mobilität für alle Studierenden, sondern ist auch unter bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten inakzeptabel. Angesichts der Europäisierung und Internationalisierung des Arbeitsmarktes ist es für alle Studierenden von hohem Wert während ihres Studiums Freiräume nicht nur der eigenen Lebensgestaltung, sondern auch des Ortswechsels zu haben, um während des Studiums eine Fremdsprache lebensweltlich zu vertiefen und anspruchsvoll kommunizieren zu können. Wenn diese Möglichkeit dem Gros der Akademiker auf Dauer vorenthalten wird, müsste der Bologna-Prozess als Ganzes als gescheitert gelten.

Das Projekt der europäischen Integration kann nur Erfolg haben, wenn die wechselseitige Wahrnehmung der Nachbarkulturen und Bildungstraditionen weit über das heute übliche hinaus vertieft wird. Eine monozentrische Ausrichtung der europäischen Bildungskulturen auf die USA würde Europa als Ganzes marginalisieren und das Projekt der europäischen Integration auch wissenschaftspolitisch gefährden. Die europäische Wissenschafts- und Bildungstradition ist reichhaltig, sie kann in ihrer Vielfalt und in ihrer Größe, was die Zahl der Studierenden und Lehrenden angeht, mit den US-amerikanischen konkurrieren, mit Schwächen in der Spitze, aber mit Stärken in der Breite. Dies setzt aber voraus, dass die europäische Integration auch für das Gros der Studierenden konkret erfahrbar ist.

Zweites Ziel: Internationale Konkurrenzfähigkeit der Abschlüsse

Die bisherigen Studienabschlüsse in Deutschland insb. das Diplom in den Natur- und Technik-Wissenschaften, sowie der Magister in den geisteswissenschaftlichen Fächern, waren international nicht nur anerkannt, sondern in hohem Maße respektiert. In einer ganzen Reihe geisteswissenschaftlicher Fächer, wie etwa der Geschichte, den Altphilologien, auch der Philosophie, gilt das Studium in Deutschland und die dabei erworbenen oder vorausgesetzten Sprachkenntnisse als besonders anspruchsvoll. Dies schlägt sich auch darin nieder, dass in einigen europäischen Nachbarstaaten es in solchen Fächern empfohlen ist, Deutsch soweit beherrschen zu lernen, dass man deutschsprachige Fachliteratur lesen kann. Fast dreißig Prozent aller Zitationen in den Geschichtswissenschaften beziehen sich auf deutschsprachige Texte. Durch die Verkürzung der Studienzeit in fast allen deutschen Bundesländern bis zur Hochschulreife von dreizehn auf zwölf Schuljahre (Verkürzung des Gymnasiums auf acht) und der Festlegung auf dreijährige Bachelor-Studiengänge – eine Festlegung, die nirgends von den Bologna-Richtlinien vorgeschrieben war – wird nun der deutsche Bachelor-Abschluss schon nach 15 Jahren erreicht, während er in den USA erst nach 16 Jahren erreicht wird. Dies gibt den US-amerikanischen Universitäten die Möglichkeit sich gegen die gefährliche (Billig-) Konkurrenz aus Deutschland dadurch zu schützen, dass die Bachelor-Abschlüsse in Deutschland in der Regel nicht an amerikanischen Universitäten als einem amerikanischen Bachelor gleichgestellt anerkannt werden. Hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen und es wird wohl auch keine US-weite Regelung geben. Die amerikanischen Universitäten und Fakultäten entscheiden hier weitgehend autonom. Wenn es dabei bleibt, dann war die simultane Verkürzung der Schulzeit und die Festlegung auf einen dreijährigen Bachelor (ohne Not) ein kapitaless Eigentor der deutschen Wissenschaftspolitik. Die internationale Konkurrenzfähigkeit, die uns weniger im Hinblick auf ukrainische oder chinesische und japanische Universitäten Sorgen macht, sondern vor allem im Hinblick auf US-amerikanische Universitäten, wäre dahin, das Gros der Studierenden, die ihr Studium mit einem Bachelor abschließen wäre auf dem amerikanischen Markt mit diesem Abschluss nicht mehr konkurrenzfähig und müsste zusätzliche Qualifikationen erwerben, um ein Master/PhD-Studium aufzunehmen. Die vordem hoch geachteten deutschen Abschlüsse Diplom in den Natur- und Technikwissenschaften und Magister in den Geisteswissenschaften, wurden dann zugunsten eines Abschlusses aufgegeben, der international, sprich transatlantisch nicht konkurrenzfähig ist und das mit dem erklärten Bologna-Ziel, die internationale Konkurrenzfähigkeit der europäischen Studienabschlüsse zu verbessern. Das zweite Ziel des Bologna-Prozesses muss damit ebenfalls als gescheitert gelten, wobei die flächendeckende

Umstellung auf Master/PhD-Abschlüsse abzuwarten ist, bis ein abschließendes Urteil gefällt werden kann.

Drittes Ziel: Einheitlicher europäischer Hochschulraum

Die Legitimation der Europäischen Union für eine Reform der Universitäten und Hochschulen kann nur aus ihrem Auftrag zur Integration beizutragen, gezogen werden. In der Tat soll der Bologna-Prozess zu einer stärkeren Integration des europäischen Hochschulraumes beitragen und war seinerseits eine Reaktion auf EU-Austauschprogramme, insbesondere ERASMUS. Der Studienaustausch innerhalb Europas wurde über Jahre hinweg durch unterschiedliche Studieninhalte und Studienorganisationen behindert, die einheitliche Bewertung von Studienleistungen in ECTS-Punkten und die Vereinheitlichung der Studienabschlüsse sollte hier Abhilfe verschaffen. Tatsächlich zeigen die jetzt vorliegenden empirischen Befunde, dass die Umstellung auf die neuen Studienabschlüsse, die Bewertungen mit ECTS-Punkten und die Modularisierungsformen in Europa sehr unterschiedlich vorgenommen wurden, so dass das Integrationsziel in bildungspolitischer Hinsicht verfehlt wird. Die Beteiligung Großbritanniens und die Unwilligkeit Großbritanniens am eigenen Studiensystem etwas zu ändern, hat zudem eine eigenständige Profilierung des europäischen Bildungs- und Wissenschaftsraumes im Hochschulsektor blockiert. Ein Beitrag zu einem einheitlichen europäischen Hochschulraum wäre nur in deutlicher Profilierung und Eigenständigkeit dieses Hochschulraumes im Vergleich zu anderen internationalen Hochschulräumen möglich gewesen.

Das beginnt bei der Titulierung der Abschlüsse. Die nun durchgängig üblichen amerikanischen Bezeichnungen sind Indiz für eine Orientierung des Bologna-Prozesses am US-amerikanischen Vorbild, taugen aber keineswegs um einen einheitlichen europäischen Hochschulraum in Konkurrenz zu anderen zu schaffen. Die etablierten und renommierten kontinentaleuropäischen Abschlüsse, Magister, Diplom- und Staatsexamen hätten beibehalten und gegebenenfalls mit einer lateinischen vereinheitlichten Benennung komplettiert werden sollen. Die Spielräume, die die Bologna-Vorgaben in diese Richtung gegeben haben (lateinische Bezeichnungen) wurden fast überall in Europa nicht genutzt. Nur ein Vereinheitlichungswille, eine leitende Idee den europäischen Hochschulraum gegenüber anderen zu profilieren, hätte diese Fehlentwicklung verhindern können. Das hohe Maß an Bürokratisierung und Verschulung, das gegenwärtig mit der Umstellung auf modularisierte Studiengänge auch in denjenigen Fächergruppen zu beobachten ist, die bislang wenig

strukturiert waren, die in hohem Maße auf Selbststudium setzten und die Leistungskontrolle erst gegen Ende des jeweiligen Studiums vorsahen, behindert sogar gegenwärtig ganz offenkundig die größere Vernetzung, den Austausch von Studierenden in Europa und damit die europäische Bildungsintegration. Die Bereitschaft der Studierenden, während ihres BA-Studiums in ein anderes europäisches Land zu wechseln und dort ihr Studium fortzusetzen nimmt gerade in denjenigen Fächergruppen ab, die bislang durch ein relativ hohes Maß an innereuropäischer Mobilität geprägt waren, wie etwa Romanistik oder Kunstgeschichte. Die Umstellung auf modularisierte Studiengänge nach dem Bologna-Muster hat also gerade das Gegenteil des Beabsichtigten in diesen Fächergruppen zur Folge.

Viertes Ziel: Mehr Akademiker und weniger Studienabbrecher

Insbesondere diejenigen europäischen Länder in denen die Studierenden- und insbesondere die Absolventenquote im internationalen Vergleich niedrig ist, wollten im Zuge der Bologna-Reformen die Voraussetzungen dafür schaffen, einen größeren Prozentsatz jedes Jahrgangs zu einem Studienabschluss zu führen. Es stellt sich nun heraus, wie nicht anders zu erwarten, dass der drastische Zuwachs an sogenannten Kontakt-Zeiten, also an Zeiten in denen die Studierenden in den Seminaren und Vorlesungen sitzen, die Intensivierung der Betreuung bei im ganzen gleich bleibenden Personalbestand der Lehrenden in vielen Fächern zu einem Abbau der Studierendenzahlen zwingt. Lediglich die in der Finanzierungsnot nun eingeführten Studiengebühren in Deutschland von 500 Euro pro Semester (in den meisten Bundesländern) haben (geringe) Spielräume für die Einstellung von Lehrkräften mit besonderen Aufgaben verschafft, die diesen Effekt nun mildern sollen. Tatsächlich zeigt schlichte Arithmetik, dass folgende Ziele miteinander logisch unverträglich sind: 1. die Intensivierung der Betreuung, 2. die Ausweitung der Präsenzzeiten der Studierenden, 3. die Stagnation des Personalbestandes an den Hochschulen, 4. die Ausweitung der Studierenden- und Absolventenquote. Diese Ziele sind simultan nicht zu realisieren, werden aber irrationalerweise simultan von der Wissenschaftspolitik verfolgt. In dieser Hinsicht war von Anfang an klar, dass der Bologna-Prozess in Deutschland scheitern musste.

Eines der Ziele der Bologna-Reform war die hohe Abbrecher-Quote von Studierenden, also die Diskrepanz zwischen Studienanfängern und Absolventen insbesondere in den GSK (wie der deutsche Bundestag in einer Anhörung die Fächergruppen der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften (ohne BWL, VWL, Jurisprudenz und Psychologie) zusammenfasst) deutlich zu senken. Die ersten empirischen Studien zeigen dagegen, dass zwar

möglicherweise die Abbrecherquote in dieser Fächergruppe leicht sinkt (sofern in diesem Bereich die Umstellung schon erfolgt ist), dafür aber die Abbrecher-Quote in den anderen betroffenen Fächergruppen ansteigt – im Mittel jedenfalls hat die Abbrecher-Quote zu- und nicht abgenommen, als Folge der Umstellung auf modularisierte Studiengänge. Dies kann man nur als Desaster für die Reform bezeichnen. Zugleich ist durch die Einführung von Studiengebühren das Interesse an einem Studium leicht gesunken, so dass das Ziel der Ausweitung der Studierenden-Quote ebenfalls verfehlt wird.

Gemessen an den eigenen Zielen muss der Bologna-Prozess heute – zumindest in Deutschland – als gescheitert gelten.